

EUROPA

EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK

Angepasste Entwicklungsziele

Danièle Weber

Die EU definiert die Ziele der gemeinsamen Entwicklungspolitik bis 2030. Und bleibt dabei hinter denen von 2005 zurück, findet die Luxemburger Regierung. Sie konnte sich jedoch auf EU-Ebene nicht durchsetzen.

Als das Grundsatzpapier „Der neue europäische Konsens zur Entwicklungspolitik“ am vergangenen Freitag von den zuständigen Ministern der 28 EU-Staaten verabschiedet wurde, stand Luxemburg mit seiner Kritik ziemlich alleine da. „Der Text stellt einen klaren Rückgang in Bezug auf den von 2005 dar“, sagt Romain Schneider gegenüber der woxx. In den Wochen zuvor hatten die Vertreter der Luxemburger Regierung wiederholt darauf gedrängt, „dass der Text noch einmal überdacht wird“, so der Luxemburger Entwicklungsminister, der seinen Kollegen diese Kritik in einer abschließenden Stellungnahme während der Sitzung mitteilte.

„Ich war der einzige, der eine solche Erklärung abgab“, so Schneider. Am Ende wurde das Papier, das die Richtung der europäischen Entwicklungspolitik bis 2030 vorgeben soll, jedoch einstimmig angenommen. „Blockieren wollten wir nicht, denn es soll ja weitergehen“, fügt der LSAP-Politiker hinzu.

In diesem zukunftsweisenden Text werde die EU-Entwicklungspolitik der Agenda 2030 angepasst, sagte

die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Das breitere Konzept werde der Philosophie einer nachhaltigen Entwicklung gerecht und berücksichtige gleichzeitig „die Komplexität der Welt, mit der wir konfrontiert sind“, sagte Mogherini am Freitag in Brüssel. Doch es ist genau diese Erweiterung der Entwicklungspolitik, in die etwa Ziele der europäischen Migrationspolitik mit einbezogen werden, die nicht nur bei der Luxemburger Regierung auf Kritik gestoßen ist.

Erweitertes Konzept

Der Text konzentriert sich nicht mehr allein auf das erklärte Hauptziel europäischer Entwicklungshilfe, nämlich die Bekämpfung der Armut. „Uns stört vor allem, dass die Liste der Länder, die als Empfänger in Frage kommen, sehr stark erweitert wurde und damit nicht mehr nur die ärmsten Länder im Fokus stehen“, erklärt Romain Schneider. Zudem würde Entwicklungszusammenarbeit teilweise an Bedingungen geknüpft – etwa die Zusammenarbeit in Migrationsfragen oder die Rücknahme von Flüchtlingen. „Das gefällt uns gar nicht“, so Schneider.

Seine Kritik trifft sich mit jener der Entwicklungsorganisationen, die von Doppelmoral reden und das Risiko einer Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik sehen. Es sei schlichtweg unrealistisch anzunehmen, Entwick-

lungspolitik könne gleichzeitig Europas Interessen in Wirtschafts-, Migrations- und Sicherheitsfragen dienen. „Diese übergreifende Richtung könnte letzten Endes die positiven Elemente des Konsensus behindern“, beklagt Tanya Cox von der in Brüssel ansässigen Nichtregierungsorganisation Concord.

Wie die „Millenniums-Entwicklungsziele“ von 2005 definiert auch der „Konsens“ die „Reduktion und langfristig die Ausrottung der Armut“ als Hauptziel europäischer Entwicklungspolitik. Der 55-seitige Text räumt dem Thema „Migration“ ein eigenes Kapitel ein und beschreibt darin detailliert die Ziele europäischer Migrationspolitik, die mit denen der Entwicklungspolitik in Einklang zu bringen seien.

Migration ist Teil der Entwicklungspolitik

„Migration ist sowohl für Entwicklungs- wie für Industrieländer zunehmend zu einem akuten Problem geworden“, so die Feststellung. Die Lösung dieses „Problems“ wird nunmehr auch zur Aufgabe europäischer Entwicklungspolitik gemacht: Sie soll sowohl das Wirtschaftswachstum in den Partnerländern ankurbeln als auch helfen, „die erfolgreiche sozio-ökonomische Integration von Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren“, abzusichern.

Auf Druck der ungarischen Delegation wurde in letzter Minute im Text eingefügt, dass Migrationspolitik „nationale Kompetenzen“ zu respektieren habe und insbesondere das Recht der Mitgliedstaaten, über „das Volumen und die Aufnahme von Bürgern aus Drittstaaten auf der Suche nach Arbeit“ zu bestimmen, „nicht beeinträchtigen darf“. „Die EU steht schlecht da, wenn sie sich einem solchen Druck beugt“, sagt dazu der Luxemburger DP-Europa-Abgeordnete Charles Goerens. Der Text reflektiere eine „Schein-Einheit“ unter den EU-Ländern, die sich in Wirklichkeit uneins über die Ziele der europäischen Entwicklungspolitik sind, so der ehemalige Entwicklungsminister.

Goerens, der für das Europaparlament an den Verhandlungen mit den Vertretern der nationalen Regierungen teilgenommen hat, setzte sich dort vor allem dafür ein, dass verbindliche Ziele für den Anteil öffentlicher Ausgaben an Entwicklungshilfe festgehalten werden. „Das Ziel der 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gibt es bereits seit 50 Jahren“, so Goerens. „Dennoch wird auch in diesem Papier kein Plan gemacht, wie wir es auf europäischer Ebene erreichen können.“ Das Parlament wollte die Länder zwingen, Rechenschaft über die Maßnahmen abzugeben, die sie auf nationaler Ebene ergreifen, um dem Ziel der 0,7 Prozent näher zu kommen. „Es gab eine totale Ablehnung“, bedauert Goerens.

AVIS



FOTO: EUROPEAN UNION

Luxemburgs Entwicklungsminister Romain Schneider kam mit Kritik am „Konsens“ zur EU-Entwicklungspolitik nach Brüssel.

Nun halte man erneut am Ziel fest, ohne zu erklären, was sich konkret in den kommenden Jahren ändern soll.

Uneinigkeit im Europaparlament

Im Schnitt liegt die EU bei 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die für Entwicklungshilfe ausgegeben werden. Die erwünschten 0,7 Prozent erreichen jedoch nur fünf Länder der EU. Der Luxemburger Außenminister Jean Asselborn macht den Vergleich mit dem Ziel der Nato-Mitglieder, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben. „Denselben Druck gab es für die 0,7 Prozent noch nie“, sagte Asselborn am Montag nach der Sitzung der Außenminister in Brüssel.

Am kommenden Mittwoch wird sich das Europaparlament in seiner Plenarsitzung mit dem „Konsens“ befassen. Sozialisten und Christdemokraten planen, den Text in einer Resolution gutzuheißen. „Wir arbeiten an einer Koalition aus verschiedenen Parteien, die jedoch ihre Ablehnung zum Ausdruck bringen“, erklärt dagegen Charles Goerens. Demnach könnten Grüne, Liberale und die Vereinigte Linke einen Gegentext vorlegen, in dem sie wie die Luxemburger Regierung feststellen, dass der nun vorgelegte „Konsens“ einen Rückschritt im Vergleich zu früheren Erklärungen der EU über Entwicklungspolitik darstellt. Im uns vorliegenden Gegenentwurf wird explizit „die neue Ausrichtung

europäischer Entwicklungspolitik unter dem Blickwinkel des Migrations-Managements“ beklagt. „Es sollten für die Empfängerländer keine Bedingungen von Entwicklungshilfe an Migrationsthemen geknüpft werden“, heißt es dort. Ebenso „sollte Hilfe nicht mit Grenzkontrollen oder dem Umgang mit Migrationsströmen oder Abkommen über die Wiederaufnahme von Flüchtlingen in Verbindung gebracht werden“.

Am eigentlichen „Konsens“-Text, dem die federführenden Unterhändler des Europaparlaments während der Verhandlungen bereits zugestimmt haben, wird jedoch diese Kritik ebenso wenig etwas ändern wie der Luxemburger Einspruch während des Ministertreffens. Luxemburg werde allerdings an der bisherigen Ausrichtung seiner Politik festhalten, sagt Romain Schneider. Er hofft darauf, dass man auf europäischer Ebene „einige Punkte in der Praxis ausbessern kann“.

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 13/07/2017 Heure : 10:00
Lieu : Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840-1
Email : soumission@fonds-belval.lu

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de construction d'un laboratoire d'essais de béton pour le compte de l'Université du Luxembourg dans l'intérêt de la Halle d'essais ingénieurs à Belval

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :
À télécharger sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu)

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Réception des offres : Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture. La remise électronique des offres est autorisée pour cette soumission.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 18/05/2017

La version intégrale de l'avis n° 1700777 peut être consultée sur www.marches-publics.lu



UNIVERSITÉ DU
LUXEMBOURG

President of the University of Luxembourg

Founded in 2003, the University of Luxembourg is the first and only university of the Grand Duchy of Luxembourg. Multilingual and international, it is a modern institution with a friendly atmosphere. The primary focus of the University is research and the bulk of the degrees offered are at masters and doctoral level. It undertakes work in a broad range of disciplines and was ranked joint first for its international outlook in the THE World University Rankings 2016 and this is reflected in the composition of both staff and student bodies.

The University has three academic faculties devoted to first-rate teaching and research: the Faculty of Science, Technology and Communication; the Faculty of Law, Economics and Finance; and the Faculty of Language and Literature, Humanities, Arts and Education. It also has three interdisciplinary centres, which foster research excellence and knowledge transfer: the Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust, the Luxembourg Centre for Systems Biomedicine and the Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History.

The President of the University of Luxembourg, as its Chief Executive, will play a significant role in the continued growth of the Institution. The University's new head will consolidate the successful achievements of the first decade and extend the activities in selected areas. Its administrative centre and much of its work is based in the Belval quarter; the creative regeneration of this industrial site makes for a stimulating learning environment and is a metaphor for the University's innovative power.

The President will be a unifying leader internally, heading a dedicated team, and a powerful advocate externally. The successful candidate for this role

will be an academic of international stature, with extensive leadership experience in research-led higher education institutions. He or she will have confirmed proficiency in English and French.

The President will model the character of the University: cosmopolitan, committed to excellence, and clear-sighted. He or she will possess a strong personal research track record and this will be combined with experience of successful management of complex academic organisations. A gifted communicator, the President will be able to engage effectively with a wide variety of audiences, both academic and non-academic, and will relish the leadership role played by the University in Luxembourg's cultural and social life.

The University of Luxembourg has retained Russell Reynolds Associates to assist with this appointment.

For further information on the position and additional details on qualifications, requirements, terms and conditions of service and how to apply, please visit: www.rresponses.com

The closing date for applications is 23rd June 2017.

